

Presseinformation

23. Januar 2003

Ökosoziales Forum Niederösterreich gegründet

Plank: Nachhaltige Landentwicklung gesellschaftspolitisches Ziel

„Grund und Boden sind nicht vermehrbar. Gleichzeitig nehmen die unterschiedlichen Nutzungsinteressen rasch zu. Der haushälterische Umgang mit Grund und Boden wird in Zukunft ein gesellschaftspolitisches Ziel sein, um eine nachhaltige Landentwicklung möglich zu machen“, erklärte Landesrat Dipl.Ing. Josef Plank bei der Gründungsversammlung des Ökosozialen Forums Niederösterreich in Heiligenkreuz. Es sei daher im Sinne einer nachhaltigen Landentwicklung vermehrt darauf zu achten, dass ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Ansprüchen auf Grund und Boden erfolgt. Dieser Ausgleich könne aber nur über den Staat erfolgen.

Vor allem die Gemeinden hätten ein hohes Interesse, dass in ihrem Bereich gemeinwirtschaftliche Ziele wie nachhaltige Bewirtschaftung des Bodens, Sicherung der Bodenqualität, nachhaltige Sicherung des Wasserhaushalts, Offenhalten der Landschaft nicht nur für den Tourismus, sondern auch für die Lebensqualität der Menschen hier sowie Naturschutzaspekte eingehalten werden.

Die Bodenreform als ein bedeutender Umsetzungsfaktor wird von den Agrarbehörden durchgeführt. Einerseits entspricht die Verwaltungskonzentration der Notwendigkeit eines bürgernahen Verfahrens, andererseits bringen die Agrarbehörden durch ihre langjährige Erfahrung eine hohe Lösungskompetenz ein. Derzeit werden wesentliche Aufgaben wie u.a. Kommissierung, Aufsicht und Beratung der Agrargemeinschaften sowie Alm- und Weideaufsicht durchgeführt. Anpassungen an die gesellschaftspolitischen Bedingungen werden teilweise durch die Einrichtung der Plattform „Landentwicklung“ entsprochen.

„Wichtig ist auch, dass alle Betroffenen in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Das übergeordnete Motto muss Koordination lauten. Agrarstrukturpolitik, Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik, Verkehrspolitik und Raumordnungspolitik sollten ineinander greifen“, betonte Plank.